

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Regirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediten, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Wir bitten, die Bestellungen auf den „Social-Demokrat“ für das nächste Quartal möglichst frühzeitig machen zu wollen.

Politischer Theil.

Deutschland.

*** Berlin, 19. Sept. [Ein Geldstreit.]** Bekanntlich hat der König von Preußen von dem Kaiser von Oesterreich zu Gastein Laubenburg für sich angekauft. Nun hat sich aber, wie dies auch bei Geschäftsleuten ab und zu vorzukommen pflegt, zwischen der kaufenden und verkaufenden Seite ein Geldstreit erhoben. Der „H. B. H.“ wird über dieses interessante Vorkommnis wie folgt berichtet: Das Wiener Bankhaus Rothschild — wir wissen nicht genau ob wirklich auf Grund einer vorausgegangenen Colompitierung — mit der Einbeziehung der am heutigen Tage in Berlin in preussischen Silberthalern fälligen Abfindungssumme betraut, hat seinerseits zur Abwicklung dieses Geschäftes das Berliner Bankhaus Bleichröder um dessen Vermittlung angegangen, welchem Ansuchen selbstverständlich bei den freundlichen Beziehungen der beiden Bankhäuser bereitwillig entsprochen wurde. Als das Hans Bleichröder betreffenden Ortes sich schon vor einigen Tagen zur Vollführung des betreffenden Auftrages meldete, fand es sich, daß über die eventuelle in Empfang zu nehmende Summe, die beiderseits erforderliche Uebereinstimmung fehlte. Der Grund der Differenz lag oder liegt vielmehr noch in dem Unterschiede, welcher in Bezug auf die Umrechnung des dänischen Thalers in preussisch Courant obwaltet. Hier berechnete man den Rigebaler mit 22 1/4 pr. Silbergrößen, während man in Berlin an der betreffenden Umrechnung mit 22 1/2 pr. Silbergrößen festhält. Hier wollte man von der eigenen Berechnung nicht abgehen, und wurde Herr Bleichröder angewiesen nicht anders als unter den diesseits festgehaltenen Modalitäten zur Empfangnahme zu schreiten. Zur Begründung des diesseitigen Standpunktes berief man sich auf die Umrechnung, welche seiner Zeit den Entscheidungen der gemischten Preisen-Konferenz in Kopenhagen zu Grunde gelegt wurde. In Berlin hingegen appellirte man an die Gasteiner Verhandlungen, bei welchen angeblich die Umrechnung der dänischen Valuta in preussisch Courant mit 22 1/2 Silbergrößen fixirt worden sei. Es gewann einen Augenblick den Anschein, als ob man zu keiner Verständigung gelangen sollte. Wie wir aber hören, soll die Differenz nun doch, wenn auch nur provisorisch beigelegt sein, und zwar dadurch, daß das Hans Bleichröder zum Incauto mit dem Vorbehalte ermächtigt wurde, daß die kaiserliche Regierung im Wege der nachträglichen Verhandlung ihr Recht zur Erlangung des ihr durch die preussische Umrechnung anhaftenden Restbetrages als eines vollständig begründeten Guthabens geltend machen werde.

— [Aus den Herzogthümern] laufen keine Nachrichten von Bedeutung ein. Wie es dort zugeht, kann sich Jeder von selbst denken.

— [Anlage.] Wegen des die Conflictte zwischen Militär- und Civilpersonen in Preußen besprechenden Leitartikels in Nr. 143 der „Berl. Ref.“ (vom 22. Juni) ist der Redacteur Dr. Weiß der „Gefährdung des öffentlichen Friedens durch

Anreizung der Angehörigen des Staates zum Hass und zur Verachtung gegen einander“, sowie der „öffentlichen Schwächung von Anordnungen der Obrigkeit“ angeklagt und Termin zur Verhandlung auf den 13. October angesetzt.

— [Bangemachen gilt nicht.] Das ultramontane „Mainz. Journ.“ bringt einen Artikel, worin es seine Befriedigung über die Einigkeit Oesterreichs und Preußens anspricht und der also schließt: Die Schleswig-Holsteiner werden immer mehr in Aufregung versetzt, und wie es nicht anders kommen kann, zu Conflicten mit den beiden deutschen Großmächten getrieben, Conflictte, die schließlich nur zum Unheil der dortigen Bevölkerung anschlagen können. Dazu kommt dann die Aufwiegelung, welche von Dänemark aus in Nordschleswig betrieben wird, und welcher der Plan zu Grunde liegt, England und Frankreich zu aktivem Auftreten gegen Deutschland zu veranlassen. Dieser Plan ist ein weit und tief angelegter, er fällt mit der in Süddeutschland genährten Triasidee zusammen, denn daß Bayern und wer noch mit ihm gehen wollte, ohne fremde Hilfe nicht im Stande sein würde, gegen die beiden Vermächte etwas durchzuführen, leuchtet ein; fremde Hilfe heißt aber mit anderen Worten Rheinbund; linkes Rheinufer an Frankreich, rechtes unter napoleonisches Protectorat, Herrschaft Deutschlands und Sabelherrschaft im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen.

Geht es wieder aus dieser Tonart? Jedesmal, wenn sich im deutschen Volke die öffentliche Meinung gegen die deutschen Fürsten regt, soll ihm mit dem Auslande hange gemacht werden. Hilft nichts mehr! Wir fürchten uns nicht, wir trennen uns, wenn den deutschen Fürsten vom Auslande Ungelegenheiten bereitet werden. Das deutsche Volk wird sich gegen den auswärtigen Feind zu verteidigen wissen — für seine Fürsten aber und ihre Bedrängnisse wird es sich nicht erwärmen.

— [Die Verhandlungen der Mittelstaaten] — so schreibt man der „Fr. Pstztg.“ — scheinen bis jetzt nur zu einer theilweisen Verständigung geführt zu haben. Glaubwürdigen Versicherungen zufolge neige sich nämlich Württemberg dem Zusammengehen mit Oesterreich und Preußen zu, jedoch unter der Bedingung, daß man die Mittelstaaten an den Verhandlungen theilhabe und ihrer Stellung die gebührende Rechnung trage. Man schein dabei in Stuttgart von der Ansicht auszugehen, daß die Mittelstaaten, die für sich zu keiner selbstständigen Action gelangen können, durch ihre passive Sonderstellung nach und nach allen Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten einbüßen würden. Diese Auffassung schein indeß in Bezug auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit weder in München noch in Dresden getheilt zu werden.

— Alle diese Nachrichten über das Verhalten der Mittel- und Kleinstaaten sind politisch sehr unwichtig. Denn diese Staaten und Ställein sind mit innerer Nothwendigkeit zur Ohnmacht und Nullität verdammt und es ist und bleibt daher

gleichgültig, ob ihre Unterhandlungen zu einem „Ergebnis“ führen oder nicht.

— [Der Sechszwanzigste Ausschuss], beziehungsweise dessen geschäftsleitende Commission hat ein Rundschreiben an alle Mitglieder deutscher Landesvertretungen erlassen. Dasselbe schließt wie folgt: Die Geschäftsleitende Commission des Sechszwanzigsten Ausschusses hat zwei Rundschreiben erlassen. In dem ersten derselben, gerichtet an alle Mitglieder der deutschen Landesvertretungen, wird zunächst Auskunft ertheilt über Ort und Zeit der Versammlung u. dgl. Sodann schließt die Commission mit folgender Ansprache: Wir geben uns nun der Hoffnung hin, daß die Mitglieder der deutschen Landesvertretungen, Angesichts der neuesten Vorgänge in der Sache der Herzogthümer, sich vollzählig einfinden und kein Opfer an Zeit, Geld u. s. w. scheuen werden. Alle Geschäfts- und sonstige Rücksichten müssen, denken wir, hier schwinden, und nur ernstliche Krankheit könnte zur Entschuldigung dienen, hier wo es gilt, das Recht jedes Volkes auf freie Selbstbestimmung aufrecht zu erhalten und das gemeinsame Vaterland vor Schmach und Schande, vor der Einmischung des Auslandes, vor unsäglichem Unlücke zu bewahren. Bei dem Mangel eines Parlaments ist die Sorge dafür den Landesvertretungen anvertraut; unser ganzes Volk steht mit Spannung auf diese Versammlung und erwartet, daß jeder Einzelne seine Pflicht thue.

Insbesondere rechnen wir auf die Theilnahme der Mitglieder aus Oesterreich und Preußen, da gerade ihre Regierungen es sind, welche das gute Recht der Herzogthümer misachten, da somit gerade die Mitglieder aus Oesterreich und Preußen vorzugsweise zeigen müssen, daß sie, ohne Rücksicht auf besondere Landes- oder Parteiinteressen, als deutsche Männer den Muth haben, auch gegenüber ihren eigenen Regierungen das Recht des deutschen Volkes zu verteidigen.

Die geschäftsleitende Commission des Ober Ausschusses. Dr. S. Müller. G. Fr. Kolb.

Ein weiteres Rundschreiben, an die Schleswig-Holstein-Vereine, schließt also: Wie die Beschlüsse der bevorstehenden Versammlung im Einzelnen anfallen werden, wissen wir nicht; aber davon sind wir überzeugt, die Versammlung wird, mit Hintenansehung aller besonderen Landes- und Parteiinteressen, aller persönlichen Wünsche und Sympathien oder Antipathien, nur die Interessen des Gesamtvoerlandes, nur das Recht im Auge behalten und wahren, und darum hoffen und bitten wir, daß auch die Vereine u. dgl. das Gleiche thun, daß sie alsbald nach jener Versammlung durch öffentliche Versammlungen und Kundgebungen jeder Art ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Versammlung an den Tag legen, und damit das Gewicht derselben verstärken mögen, wie dies auch früher bis zu den Frieden mit Dänemark der Fall war. Von dem, was in den einzelnen Vereinen u. dgl. geschieht, bitten wir uns in fortlaufender Kenntniss zu erhalten.

Die geschäftsleitende Commission: Dr. S. Müller. G. Fr. Kolb.

— [Die preussisch-particularistisch liberale Partei] enthält sich jetzt offen als solche trotz der früheren großen Worte von „deutscher Einheit“, „nationaler Sache“ u. dgl. Die „Berl. Ref.“ schreibt in dieser Beziehung: Die Zerlegung innerhalb der „Fortschritt“-Masse in Preußen geht langsam aber unaufhaltsam vor

in Nr. 149.
Näherung
Ihren
läufig
weit
verläuft
das Ab
1. Juli
beobach
den Ab
trag zu
Berl
Bezeich
los un
dient
B
Serauer
und w
sollten
tes in
Breitung
den 16.
An den
machen
Ires
Polizei
Blattes
Es best
der Zus
Directo
empfiel
Besuch
Besond
weist in
hüchen
Beamt
all das
der Gef
Bism
zigen
neuen
des Ne
insbes
kaufs
von leg
Rector
lichen
dem Her
Mid
Obr
wa di
das hol
sine i
werden
Nahm
ndern
dabei
hiute
nen ja
er Jing
Huge
Beden
das sein
acht, h
regung
3
Bede
gen un
gählen
auftrag
Gelbe
leiben
würde.
der Pet
er, u
olle. D

sch. Ein neuer Beweis dafür ist, nach den uns vorliegenden Mittheilungen, eine Verabredung gewesen, welche in voriger Woche hier wegen des Besuchs des Frankfurter Abgeordneten tagessitzte. Löwe, Calbe, Schulze-Delitzsch, v. Arnub und andere Abgeordnete, sowie sonst hervorragende, außerhalb der Kammer stehende Mitglieder der „Fortschrittspartei“ haben derselben beigewohnt und das Resultat soll zwar kein bindender Beschluß, wohl aber ein Ueberwiegen der Stimmung für den Nichtbesuch gewesen sein. Die „Eberf. Ztg.“, welche ihrerseits in diesem Ausgange „einen höchst bebauernden Mangel an Selbstvertrauen sowohl als an Pfllichtgefühl“ beklagt, läßt sich einen sehr wortreichen und subjectiven Bericht darüber erstatten, aus dem jedoch ziemlich klar hervorgeht, daß der Verdruß über die „liebe Opposition“, d. h. die demokratische, wohl das Hauptwort bei dieser Unterhaltung gewesen haben mag. Es heißt da: die Mehrzahl hat sich für Nichtbetheiligung ausgesprochen und ich halte diese Politik auch für durchaus correct. Freilich werden die „Enthaltungen“ dem Vorwurfe des Krypto-Bismarckismus nicht entgehen, aber dergleichen Redensarten machen nur so lange Glück, bis die Thatsachen das Gegenteil beweisen, nicht eine Sekunde länger, und wer sich in die Arena der streitenden Parteien hineinwagt, darf etwaige Mißfallensäußerungen der Gallerie (was da ist, ist bei diesen Herren stets Gallerie, was Beifall klarst, Parquet) eben so wenig scheuen, wie sich durch stürmischen Beifall berauschen lassen. Wenn man die Hoffnung hegen könnte, in Frankfurt würden sich die liberalen Volksvertreter über ein nationaldeutsches Programm in der schleswig-holsteinischen Frage einigen, ein Programm, das die liberalen Preußen — ich meine die wirklich (wirklich käme von wem? Alter Aberglaube!) Liberalen, nicht die Partikularisten — vollständig zu dem ihrigen zu machen im Stande wären, so würde allerdings die Betheiligung Preußens an der Feststellung eines solchen Programms lebhaft zu wünschen sein. Aber wie die Sachen nun einmal liegen, läßt sich hundert gegen eins wetten, daß in der Frankfurter Versammlung die Politik der Mittelstaaten dominiren wird, daß Oesterreich und Preußen etwaige divergirende Ansichten — und solche sind allerdings vorhanden — nicht zur Geltung zu bringen im Stande sein werden, daß sie mit andern Worten in dieser Versammlung auf eine Stellung verwiesen wären, welche ihrer Würde (?) und den realen Verhältnissen nicht entspricht. Die preussischen Abgeordneten würden entweder von den Mittelstaaten in's Schlepptau genommen werden, oder sich auf fruchtlose Minoritätsvoten beschränken müssen u. s. w. Und der Würdige schließt: Es ist keines Menschen Pflicht, der lieben Opposition zu Gefallen sich die Hände zu binden (freie Hand!) und wo möglich (?) zu compromittiren.

[In der bereits erwähnten Broschüre], welche ohne Zweifel einen officiösen preussischen Ursprung hat, ist auch folgende Stelle beachtenswerth:

Kann sich Frankreich darüber beunruhigen, daß Preußen einige Hunderttausend Einwohner mehr erhält, und daß Deutschland(?) eine Flotte besitzt? Wenn die Territorial-Vergroßerung Preußens an der französischen Grenze stattfindet, so könnte man annehmen, daß daraus ein Anzeichen von Gefahr für die Sicherheit Frankreichs entspringen könnte. Was kann aber daran liegen, wenn dieses neue Territorium von Frankreich durch weite Entfernungen und unabhängige Staaten getrennt ist? Und sind denn im Grunde genommen Frankreich und Preußen nicht natürliche Verbündete oder sollten es doch zum wenigsten sein, um, indem sie ihre Kraft und ihre Macht vereinen, in Europa der Sache der Civilisation (?) und der Freiheit (!) den Triumph zu verschaffen? Sie können sich eine freundschaftliche Hand reichen über die Wellen jenes Rheines hinüber, der sie eher vereint als trennt. Als Feinde haben sie sich viel Schaden ohne Nutzen für den Einen oder den Andern zugefügt. Freunde, und mit England und Italien vereint, können sie die Geschichte Europa's leiten. Mit der Freundschaft Amerika's (Warum nicht lieber gleich mit der ganzen Welt vereint?) würden sie die ganze Welt regeln.

* **Wien**, 19. Sept. [Zur großen Staatsconsultation.] Die „Wiener Zeitung“ publicirt ein Rescript des Kaisers vom 18. d., durch welches die Landtage sämmtlicher Kronländer, mit Ausnahme des Ungarischen, auf den 23. November in den durch das Gesetz bestimmten Versammlungsorten einberufen werden.

Ausland.

H. **Paris**, 18. Septbr. [Die Gasteiner Uebereinkunft und ihre Folgen. Die neue Broschüre.] Die Gasteiner Uebereinkunft ist der Text, der nicht nur die Tagesblätter aller Farben, sondern auch die Broschüren-Literatur beschäf-

tigt. Während es, trotz aller Gegenbeweise, die ein officiöses Berliner Blatt beibringt, um das kritische Rundschreiben des französischen Ministers a priori in Urede zu stellen, nun ausgemacht ist, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England den schärfsten Tadel gegen die genannte Convention ausgesprochen haben; während die öffentliche Meinung diesseits und jenseits des Kanals sich in demselben Sinne gegen die außerpreussische Politik ausläßt, tauchen plötzlich und ganz unerwartet in der hiesigen Presse Stimmen auf, welche einer französischen Allianz mit Preußen das Wort reden und die Politik Bismarck's mehr oder weniger direkt und offen verteidigen. Letzteres geschieht namentlich in einer Broschüre, welche so eben die Presse verlassen und La convention de Gastein betitelt ist. Das deutsche Volk wird darin als zwar durchaus demokratisch dargestellt, jedoch in Preußen ruhig zusehend, wie die Constitution und die garantirten Volksrechte von einem Ministerium behandelt werden, welches ihm die nationale Einheit verspreche und seinen Kriegsrühm durch Eroberungen steigern, welches zugleich die materiellen Interessen Deutschlands fördere. „Die Nationen,“ heißt es in dieser Broschüre, deren Ursprung leicht zu errathen ist, „die Nationen dulden zuweilen, daß ihren inneren Freiheitsbestrebungen Zwang angethan werde durch Männer, welche ihnen nach Außen hin ein größeres Ansehen verschaffen, und wäre es auch nur zum Schein.“ — Die Broschüre wird von den officiösen wie nichtofficiösen Blättern mit großer Rülte beurtheilt. Sonderbare Gerüchte circuliren seit Kurzem hier über liberale Maßregeln, welche die Regierung ergreifen werde. Am sonderbarsten ist das Datum, welches der Promulgation dieser liberalen Reformen prophezeit wird. Am Jahrestage der Schlacht von Jena sollen Pressfreiheit, Vereinsfreiheit und der Himmel weiß, welche andere Freiheiten in Frankreich eingeführt werden. Wenn die Gasteiner Uebereinkunft ein solches Rivalisiren zwischen Frankreich, Oesterreich und Preußen hervorbrächte, die öffentliche Meinung durch liberale Concessionen zu gewinnen, so wären sie und der dänische Krieg, der sie zu Wege gebracht hat, nicht zu verachtende Faktoren in der europäischen Politik. Da wir indessen nicht im Rathe der Götter sitzen und folglich nicht wissen, was die Zukunft bringen wird, so müssen wir uns mit den officiösen Thatsachen begnügen. Diese stehen einflusslos so, daß, außer etwa zwischen den Westmächten, keine einzige Annäherung zwischen den europäischen Großmächten vorhanden ist, so daß jede derselben ganz isolirt da steht und auf eigne Faust Politik treibt. Welche neue Verbindungen aus diesem Chaos hervorgehen werden, kann bis jetzt Niemand wissen, da die Staatenlenker selbst erst im Begriffe sind, neue Allianzen anzuknüpfen. Der Rothschild, der von Belgien ausgegangen ist, scheint daher zum mindesten verfrüht zu sein. Zu leugnen ist allerdings nicht, daß alle Staaten, die nicht mächtig genug sind, sich selbst zu schützen, in unserer Zeit große Gefahr laufen, von ihren mächtigeren Nachbarn verschlungen zu werden.

* **Paris**, 17. Sept. [Tagesbericht.] Der Prozeß gegen den Independent de la Moselle macht in Weh einen sehr schlimmen Eindruck, weil man daselbst seit dem 2. December keinen Tendenz-Prozeß erlebt hat. — Die Gerüchte von bevorstehenden „liberalen“ Veränderungen erhalten sich fortwährend. — Die künftige Organisation Algeriens wird unter Anderem zur Folge haben, daß jedem Ministerium in Paris eine algerische Abtheilung beigegeben wird. Nur das Ministerium des Innern wird keine solche bekommen, da die inneren und die arabischen Angelegenheiten der Provinz neben den militärischen an das Kriegsministerium kommen werden. — Auch die in Havre wohnenden Elsässer haben eine Adresse an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Sachen des ermordeten Ott gerichtet. — Der spanische Gesandte ist durch eine bössliche Einladung Napoleon's III. in Biarritz zurückgehalten und wird erst am 25. wieder in Paris erwartet. — Ein großer Theil der heutigen Abendblätter bringt Auszüge aus der Broschüre: „La Convention de Gastein,“ die morgen bei Dentu erscheinen wird. Alle, mit Ausnahme der officiösen, widmen der-

selben einige Worte. Sympathie finden die Ideen, welche in derselben aus einander gesetzt sind, jedoch nicht. Die „Presse“ bekämpft dieselbe sehr heftig, die France behält sich vor, gegen dieselbe aufzutreten, die Epoca glaubt, daß sie von einem preussischen Diplomaten herrühre, und legt ihr eine hohe Wichtigkeit bei, während die Patrie glaubt, daß sie nur der Feder eines Privatmannes entsprungen sei. Darin irrt jedoch die Patrie. Die Broschüre ist keineswegs das Nachwerk irgend eines Privatfreundes des Hrn. v. Bismarck, sondern einfach ein officiöser Versuch, um einestheils zu Gunsten der gasteiner Convention einige Worte zu sagen und andererseits die Frage einer Allianz zwischen Frankreich und Preußen aus leicht erklärlichen Gründen zur Sprache zu bringen. Wenn ein solcher Versuch von Nutzen sein kann, muß der Einbläser der Broschüre gewesen sein. — Die zweite Geister-Vorstellung der Gebrüder Davenport ist ruhig abgelaufen, weil man nur gute Freunde zugelassen hatte.

zch. **London**, 18. Sept. [Zu Nr. 140 des „Social-Demokrat.“ Arbeiter-Angelegenheit. Mexiko.] Die „Volks-Ztg.“ vergleicht die Lage der Arbeiter Englands mit seiner zweihundertjährigen politischen Freiheit, und die Lage der Arbeiter Frankreichs mit seinem 15 Jahre alten, allgemeinen Wahlrecht und seinem 60 Jahre alten Code Napoleon ohne Freiheit, und zieht falsche Schlüsse, welche nur wegen der darin enthaltenen Absicht für uns eine Bedeutung haben. „Der englische Arbeiter kammert sich als solcher nicht um den Staat.“ Der englische Arbeiter hat während des amerikanischen Bürgerkrieges die herrschende Klasse gezwungen, das verwerbliche Project, für die Sklavenhalter einzustehen, aufzugeben. Der englische Arbeiter hat bei Durchsetzung der letzten Reformbill der Mittelklasse zum Siege verholfen, und hätte man an dem Arbeiter keinen Vorrath bezogen, so wäre eine große Anzahl schon lange im Besitze des Wahlrechts und der deutsche Arbeiter kann sich daran ein Beispiel nehmen, und wird, wenn er mit der Volkszeitungs-Partei für seine politischen Rechte kämpft, auf seiner Hut sein; denn wenn „hier also wieder eine unleugbare Thatsache (?) vorliegt, welche auf's schlagendste beweist, wie wenig man die sociale Lage mit der politischen Stellung verwechseln darf“, so will man damit sagen, daß der Arbeiter unter der Regide dieser Partei, das Zeichen des Halsbandes nicht zu scheuen braucht und auch ohne politische Rechte fett werden kann.*)

— Ueber die falschen Aufstellungen und Schlüsse der „Volks-Ztg.“ mit derselben rechten zu wollen, hiesse leeres Stroh dreschen, denn wo das Interesse alle andern Rücksichten verdrängt, führt die wahrste und beste Entgegnung zu unfruchtbarem Hin- und Her-Reden. Die Strikes sind unter den heutigen industriellen Verhältnissen das einzige Mittel, durch welches der Arbeiter der Uebermacht des Kapitals und der Willkür der Arbeitgeber eine Schranke entgegenstellen kann, und wie hundert Fälle beweisen, entgegenstellt. Das Aufzählen der für die Arbeiter unbefriedigend abgelaufenen Strikes, ja selbst die Behauptung, daß bis jetzt alle Strikes für die Arbeiter ungünstig ausgefallen sind, könnte, selbst wenn sie wahr wäre, die Wichtigkeit obigen Satzes nicht umstoßen; denn im Hinblick auf den kommenden, großen industriellen Kampf sind die jetzigen Anstrengungen bloße Vorbereitungen und Plänkelleien. Von diesem Standpunkt aus, dürfte unser Streben und Wirken gar manchem uns jetzt feindlich gegenüberstehenden Manne, in einem günstigeren Lichte erscheinen. Ob durch die Strikes endlich die Macht des Kapitals gänzlich gebrochen werden kann**, mag dahingestellt bleiben, so viel jedoch steht für uns heute schon fest, daß der Arbeiter gezwungen sein wird, sich derselben in wachsendem Maße gegen die Ausbeutung zu bedienen, und da keine Macht die Entwicklung dieses Kampfes ver-

*) Wir glauben eher, daß das Ungelehrte beabsichtigt ist: man würde die politischen Rechte ertheilen, unter der Bedingung, daß die Arbeiter sie nicht zur Verbesserung ihrer socialen Lage anwenden. Uebrigens giebt die Bourgeoisie freilich dem Arbeiter auch niemals freiwillig die rein politische Gleichstellung. (Anm. d. Red.)

** Durch die Strikes an sich sicherlich nicht. (Anm. d. Red.)